

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjählicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 15 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierhundert).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pfg., Familienanz., 15 Pfg.
Vereinsanz., 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 79.

Berlin, Sonnabend, 5. Oktober 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Berlin für Sozialpolitik. — Ein heißer Kampf. —
Aus der Praxis der Arbeitervereine. — Allgemeine
Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. —
Anzeigen-Zeit.

Der Verein für Sozialpolitik.

Vom 30. September bis einschließlich 2. Ok-
tober tagte in Magdeburg die Generalver-
sammlung des Vereins für Sozialpolitik.
Hervorragende Männer der Wissenschaft und der
praktischen Arbeit hatten sich zu derselben einge-
funden. Zur Bekundung ihres sozialpolitischen
Interesses waren die Städte Berlin und Frank-
furt a. M. durch die Stadträte Fischbeck-Berlin
und Fleisch-Frankfurt offiziell vertreten. Für die
Deutschen Gewerksvereine waren unsere Kollegen
Karl Goldschmidt und Gustav Hartmann
erschienen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war die
Erörterung der Frage, wie die volkswirtschaft-
lichen Beamten am zweckmäßigsten vorzubilden
seien. Es handelt sich hier vorwiegend um die
Beamten von industriellen, gewerblichen und land-
wirtschaftlichen Organisationen. Geh. Hofrat Professor
Dr. Carl Bücher-Letzky behandelte die Frage
mit tiefer Gründlichkeit. Vor allem forderte er
akademische Vorbildung in der Nationalökonomie
und Finanzwissenschaft, theoretische und praktische
Volkswirtschaftslehre, Statistik, eine einschlägige
juristische Bildung und Einführung in die Ver-
waltungslehre im Sinne einer international ver-
gleichenden Darstellung der staatlichen, kommunalen
und sozialen Einrichtungen.

Der zweite Referent, Herr Handelskammer-
Syndikus Dr. Behrend-Magdeburg, forderte ein
gemeinsames Studium von Volkswirtschaft und
Jurisprudenz. Der Jurist benötigt genau so dringend
der volkswirtschaftlichen Durchbildung, wie umge-
kehrt der Volkswirt nicht gründlicher juristischer
Kenntnisse entbehren könne. In der sehr lebhaften
Diskussion wurde insbesondere die Notwendigkeit
gründlicher volkswirtschaftlicher Kenntnisse betont.
Auch für die Verwaltungsbeamten in den Staats-
und Gemeinbedürfnissen genüge die heutige übliche
juristische Vorbildung nicht mehr, da in allen diesen
Ämtern die Nationalökonomie eine unentbehrliche
Wissenschaft geworden sei.

An der Debatte beteiligte sich auch Kollege
Gustav Hartmann, der insbesondere darauf
hinwies, daß die Arbeiterorganisationen heute
große Ansprüche an die Allgemeinbildung und
volkswirtschaftlichen Kenntnisse ihrer Führer stellen
müßten. Auch ohne akademische Studien, die für
die Arbeiterbeamten aus naheliegenden Gründen
unzugänglich wären, bringe die Arbeiterbewegung
tüchtige Kräfte hervor, die ein hohes Maß von
Verantwortung zu tragen hätten. Es müßten
Institutionen geschaffen werden, in denen intelligente
Arbeiter volkswirtschaftlich weitergebildet werden
könnten. In der Arbeiterkraft finde ein gutes
Material, das sich sehr wohl in volkswirtschaft-
lichen Beamtentellen nützlich machen könne. Das
treffe insbesondere auf die Fabrikinspektoren zu,
zu der unbedingt erfahrene Arbeiter herangezogen
werden müßten.

Den zweiten Hauptgegenstand bildete die Ver-
fassung und Verwaltungsorganisation der
Städte. Erster Referent war Professor Loening
in Halle a. S. Der Redner verlangte, daß die

sozialpolitische Betätigung alle Verwaltungszweige
der Städte durchziehen müsse. Die gesamte
städtische Verwaltung und alle ihre Organe müßten
von sozialem Geiste erfüllt werden. Voraussetzung
sei, daß auch in der Bürgerschaft der rechte Gemein-
geist lebendig werde. Eine energische Reform des
Gemeindevahlrechts sei notwendig, um alle Teile
der Bevölkerung in der städtischen Verwaltung zur
Weltung kommen zu lassen. Es könne aber nicht
genügt werden, daß das Reichstagswahlrecht
auch auf die Stadtverordnetenwahlen ausgebeugt
werde. Das Reichstagswahlrecht sei gut für den
Reichstag, denn hier wirten der Kaiser und der
Bundesrat mit, während der Stadtverordneten-
versammlung nur der von dieser gewählte und
vielfach von ihr abhängige Magistrat gegenüber-
stehe. Den Wahlen zur Stadtverordnetenver-
sammlung müsse vor allem der plutokratische
Charakter genommen werden, wie auch die Ein-
führung der geheimen Wahl zu fordern sei.

Der zweite Referent, Bürgermeister Professor
Walz-Heidelberg besprach die süddeutschen Ver-
hältnisse. Im allgemeinen habe sich in den süd-
deutschen Gemeinden ein erfreulicher sozialer Geist
entwickelt. Die Einführung des Reichstagswahl-
rechts für die Stadtverordnetenversammlungen könne
diese leicht radikalisieren und dann werde eine Er-
weiterung der Staatsaufsicht die Folge sein, die
kein Freund der Selbstverwaltung wünschen möge.

Der dritte Referent, Stadtrat Fleisch-Frank-
furt a. M., schilderte die Schwierigkeiten, denen
die praktische soziale Arbeit in den städtischen Ver-
waltungen unter den heutigen rechtlichen und wirt-
schaftlichen Verhältnissen begegne. Die Städte
würden aber trotz dieser Hindernisse noch Größeres
leisten können, wenn es ihnen nicht sehr oft an
den nötigen materiellen Mitteln fehle. Die
städtischen Verwaltungen könnten nicht immer
darüber hinwegsehen, ob nicht irgend eine neue
Steuer gerade die zahlungsfähigsten Personen zur
Abwanderung in einen Nachbarort veranlassen,
oder ob irgend eine Wohlthatigkeitsanstalt einer
Gemeinde nicht einen zu lebhaften Anziehungs-
punkt für die Armen der weiteren Umgebung
bilden werde, wodurch dann gerade die sozial-
politisch vorgeschrittene Stadt im Uebermaß be-
lastet würde.

In der Debatte forderten mehrere Redner
die Einführung des Reichstagswahlrechts auch für
die Stadtverordnetenwahlen. Eine in mancher
Beziehung sehr „rückständige“ Rede hielt Geheim-
rat Wagner, der den preussischen Volksgesetz
als den hervorragendsten Teilhaber an der Grün-
dung des Deutschen Reiches feierte. Kollege
Karl Goldschmidt trat energisch ein für die
Einführung des allgemeinen, geheimen und strekten
Wahlrechts zur Stadtverordnetenversammlung. Wenn
es erst gelungen sei, die Klassenwahl zu beseitigen
und die geheime Abstimmung einzuführen, dann
werde man schließlich auch zum Reichstagswahl-
recht kommen. Wenn die Sozialdemokraten, die
heute das Hindernis seien, daß es nicht zu einer
energischen Reform des Wahlrechts komme, einmal
die Mehrheit in einer größeren Gemeindevertretung
hätten, dann würde sich bald zeigen, daß sie ihre
Theorien nicht verwirklichen könnten. Vielleicht
würde es zweckmäßig, einmal auf Reichskosten eine
Gemeinde zu bestimmen, eine sozialdemokratische
Verwaltung wählen zu lassen. Dann würde es
bald zu einer Massenwahl aus dieser Partei

kommen, weil die Arbeiter dann erkennen würden,
wie wenig praktische Arbeit die radikalen Phrasen-
macher zu leisten vermöchten. Um der großen Zahl
derjenigen Arbeiter willen, die, wie die Deutschen
Gewerksvereine, auf dem Boden der heutigen
Staats- und Wirtschaftsordnung ständen und
darum auch mitarbeiten wollten an einer glück-
lichen Entwicklung der Gemeinwesen, müsse es
zur Einführung des allgemeinen und geheimen Wahl-
rechts kommen. Ob dabei die eine oder andere
Partei gewinne oder verliere, sei gleichgültig. Das
Ziel müsse vielmehr sein, soziale Gerechtigkeit zu
üben, was nur dann gelinge, wenn man die Ar-
beiter zu bürgerlich gleichberechtigten Mitgliedern
der Gemeinde mache.

Beschlüsse werden nicht gefaßt. Die stenog-
raphischen Berichte der Verhandlungen aber
bilden ein wertvolles Material für alle Parlamente,
sowohl des Reiches wie der Staaten und der Ge-
meinden und nützen so der Arbeit für den sozialen
Fortschritt.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Zahl
angesehener und einflussreicher Männer dauernd im
Wachsen begriffen ist, die bereit sind, energisch
mitzuarbeiten an der Verbesserung unserer sozialen
Verhältnisse. Davon legte auch die Magdeburger
Generalversammlung von neuem Zeugnis ab. Möge
ihre Arbeit reiche Früchte tragen!

Ein heißer Kampf.

In hochromantischer Gegend, auf mehreren
Seiten von steilen Bergen umgeben, liegt im König-
reich Bayern die ehemalige Reichsstadt Rothen-
burg o. T. Altertümliche Bauwerke und Festungs-
mauern erinnern an vergangene Zeiten. Tausende
von Fremden pilgern deshalb alljährlich nach dieser
Stadt, um sich diese Dentmäler alter Herrlichkeit an-
zusehen. Mit besonderer Vorliebe geht man den
Böhl, aus dem der Altersbürgermeister Ruck im
Jahre 1631 den Meßtrunk tat, indem er den
3 1/2 Liter Inhalt Wein in den Bechel Lillig in
einem Zuge leerte und dadurch den Rat der Stadt
vom Tode errettete, der nach der Eroberung der
Stadt durch Lillig angehängt war.

Ungewöhnliches Leben herrschte in diesen Tagen
in der kleinen Stadt. Am Sonntag, den 29. Sep-
tember dieses Jahres, sah man an den Portalen des
alten Rathauses Leute stehen und Wahlzettel ver-
teilen. Auf dem Marktplatz gab es erregte Menschen-
mengen; Schimpfwörter fielen ab und zu und die
Aufregung, von der die Menschen ergriffen sind, will
sich nicht legen. Auf den Treppengängen zum Rat-
haus geht es auf und ab Fremde, die das Innere
des alten Gebäudes besichtigen wollen, die von der
Spitze des Turmes h. S. in die schauerliche Tiefe des
Festungsfängnisses steigen, fragen neugierig nach der
Ursache dieses Treibens.

Es war Wahltag. Die Stadt hat trotz ihrer
nur wenig mehr als 8000 Einwohner erstklassiger
weise auf eine gemeinsame Eingabe der Organi-
sationen hin ein Gemeindegewähl eingeführt. Jetzt
tritt man um die Besetzung. Gewählt wurde nach
der Verhältniswahl. Das Ortsstatut sieht vor, daß
wenn nur eine Vorschlagsliste von den Parteien ein-
gereicht wird, eine besondere Wahl sich erübrigt. Bei
den Arbeitgebern war dies der Fall, anders aber bei
den Arbeitern.

Hier war eine Verhinderung dadurch unmöglich
geworden, daß das sozialdemokratische Gewerkschafts-
partei den Gewerksvereinen und den städtischen Ge-
werkschaften auf eine Anfrage erwidert hatte, man
möge nur die Mitgliederlisten einreichen, und, falls
beide nicht ausreichen, um gemeinsam einen Kandidaten
zu erhalten, Wane man ja noch Pfeifen- und

Regelhaft hinzuziehen. Eine derartige Verhöhnung ließ man sich nicht bieten, und deshalb beschloß man, die Wahl entscheiden zu lassen. So stand denn der Vize der sozialdemokratischen Gewerkschaften eine der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen gegenüber, und der Kampf begann.

Nachdem die "freien" Gewerkschaften bereits eine öffentliche Versammlung abgehalten hatten, berief man unsererseits eine ebensolche auf Sonnabend, den 28. September, ein, also auf den Abend vor der Wahl. In Trupp zog die Gewerkschaftler heran in der offenkundigen Absicht, die Versammlung zu stören und für sich zu irreführen zu fischen. Das Referat des H. Varnholt wurde dann auch fortwährend unterbrochen, und als die Kandidatenfrage erörtert wurde, gingen die "Genossen" an, Varnholt zu veranlassen, daß er sich noch steigerte, als von einem unserer Kollegen das von den "Freien" herausgegebene, von Verdächtigungen strotzende Flugblatt auf seinen wahren Wert zurückgeführt wurde. Interessant war ein Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsartikels und dem H. Varnholt. Als dieser seinen Herrn aufforderte, für eine seiner verleumdenden Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten, kam er eiligst zum Vorstandsitz gelassen und sagte: "Ach, Ach, so kann ich das nicht; es hat aber halt in unserer Zeitung gestanden". Eine wahre Lausche war die Antwort der Versammlung, da jener "zielbewußte Genosse" kurz vorher noch gesagt hatte, man dürfe nicht alles glauben, was in der Zeitung steht. Schließlich zogen die "Genossen", als sie sahen, daß sie nichts ausrichten konnten, geschlossen ab.

Am Tage der Wahl nun schleppte man gemaltig-Indifferente wurden erst an die Maßfrage geführt, dann mit Stimmzetteln ausgerüstet und bis ins Wahlzimmer geleitet. Durch weitere Flugblätter, die von leeren Verdächtigungen strotzten, hatte man angefündigt, daß diejenigen, welche die Kandidaten der sozialdemokratischen Gewerkschaften wählten, die Verunglimpfung hätten, ohne Eintrittsgeld das Ortsmuseum zu besichtigen; dabei hatte jeder freien Eintritt. Da man auf dem Flugblatt neben unerwiesenen Verleumdungen aber auch mit Erfolgen prunken mußte, schrieb man, daß es die "freien" Gewerkschaften hier sogar erreicht hätten, daß bei einem Unfälle nach der 5. Woche Krankengeld in erhöhtem Maße gezahlt würde usw.

Das Resultat der Wahl war nun, daß im ganzen 422 gültige Stimmen abgegeben wurden. Unsere Liste erhielt mit 186 Stimmen 3 Beisitzer, die Vize der Woten 6. Das Resultat ist für uns zunächst vollkommen befriedigend, umso mehr, als die gegenseitigen Organisationsverhältnisse wie 1:5 in Betracht zu ziehen sind. Während sind erst durch diese Wahl die Augen geöffnet. Wägen viele Arbeiter aus dem rohen Verhalten der Verdämler die Lehre ziehen, sich von diesen abzuwenden. Eins war übrigens in dem Wahlkampf eigentümlich: Während die nichtsozialdemokratischen Arbeiter ihre Wählerversammlung in der "Krone" abhielten, auch der evangelische Arbeiterverein dazu einlud, tagten die sozialdemokratischen Gewerkschaften im "Vöngelischen Vereinslokal".

□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Eine bedenkliche Entscheidung fällt die Reichs-Versicherungsamt in seiner Sitzung vom 18. September. Es handelte sich um folgenden Sachverhalt: Der 56 Jahre alte Eisenarbeiter H. verstarb am 27. Juni 1905 in dem Betriebe der Firma Schickau in Elbing an Hirschschlag. Der Tod trat ein, als H. auf einem Eisenbahnsteig damit beschäftigt war, Kies mittels der Stopfhaue unter die Eisenbahnschwellen zu bringen. Die Witwe des Verlegten erhob Ansprüche auf Hinterbliebenrente, weil der Hirschschlag ein Betriebsunfall und hervorgerufen sei durch die schwere Arbeit, die der Verstorbene im Freien habe ausüben müssen, in einer Zeit, wo es außerordentlich heiß gewesen sei. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch ab, da bei der ärztlichen Sektion der Leiche eine Reihe organischer Veränderungen festgestellt worden war, durch die der Hirschschlag hervorgerufen worden sei. Diese Organveränderungen bestanden nach den ärztlichen Gutachten in einer Verwachsung der Lunge mit dem Brustkorbe, in einer Entzündung des Perikardiums und einer chronischen Leberentzündung.

Gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft wurde Berufung erhoben bei dem Schiedsgericht für den Reg.-Bez. Danzig. Der Vertreter der Witwe, der dortige Gewerkschaftsbeamte, machte im Termine geltend, daß für den Verstorbenen die Arbeit eine außergewöhnlich schwere gewesen sei. Er habe lange Jahre hindurch in bedeckten Räumen an einer Maschine gearbeitet, sei dann aber straßenweise veretzt worden zur Streckenarbeit. Als er verstarb, sei er am zweiten Tage mit dieser neuen Arbeit beschäftigt gewesen. Jedoch habe er schon am Abend des ersten Tages seiner Frau gegenüber erklärt: "Mutter, wenn ich

diese Arbeit lange machen muß, dann gehe ich dabei zugrunde". Es wurde fernerhin gesagt, die Temperatur an dem betreffenden Tage sei eine sehr hohe gewesen und habe etwa 24 Grad Celsius betragen. Trotzdem kam das Schiedsgericht zu einem ablehnenden Bescheid, indem es sagte:

"Die Arbeit, anlässlich deren H. vom Tode ereilt wurde, war keine besonders schwere. Der Verstorbene, der bereits im Alter von 55 Jahren stand, war durch eine Reihe fränklicher Veränderungen seines Körpers geschwächt. Diese haben den Tod herbeigeführt, nicht die Betriebsarbeit am Unfalltage!"

Wegen dieses Urteil des Schiedsgerichts legte nun die Witwe oder vielmehr in ihrem Auftrag der Elbinger Gewerkschaftsbeamte Klage beim Reichs-Versicherungsamt ein. Im dem ersten Termin am 13. Februar wurde eine Verlegung beschlossen, damit weiterer Beweis erhoben werden konnte. Die neue Beweisaufnahme ergab folgenden Bild: Zunächst teilte das königliche Meteorologische Institut Berlin mit, daß in Elbing am 27. Juni 1905, früh am Morgen um 8 Uhr, eine Temperatur von etwa 23 Grad Celsius gewesen sei. Der Himmel sei vollständig heiter gewesen, so daß also die Sonne ungehindert ihre Wirkung ausüben konnte. Die Firma Schickau teilte mit, daß H. zwar hin und wieder Alkohol getrunken habe, aber keineswegs ein notorischer Sünder gewesen sei, wie es die Berufsgenossenschaft hingestellt hatte. Ein Zeuge erklärte ebenfalls, daß H. wohl Alkohol getrunken habe, aber an dem Morgen des Unfalls nicht. Dasselbe sagte ein anderer Zeuge mit den Worten: Er (H.) sagte auf mich am Unfalltage den Eindruck eines nüchternen Menschen; ebenso sagten zwei Werkmeister aus, bei denen H. jahrelang gearbeitet hat. Zu einem Gutachten wurde ferner aufgeführt der Direktor des pathologischen Instituts der Universität Königsberg, Professor Dr. Gente. Auch er nahm an, daß die Todesursache Hirschschlag gewesen sei. Ein positiver Beweis sei dafür allerdings nicht zu führen; das sei in den allerersten Fällen möglich. Jedoch lägen hier einige Umstände vor, die den Hirschschlag sehr wahrscheinlich machten. Dafür spreche auch die hohe Temperatur, die am Unfalltage herrschte, sowie die Tatsache, daß der Himmel ganz unbedeckt war. Der Gutachter hält auch die geleistete Arbeit für eine sehr schwere, umso mehr, weil sie ungewohnt war. Die Frage, ob H. ein Alkoholiker gewesen sei, sei nicht mit unbedingter Zuverlässigkeit zu beantworten. Die Organveränderungen, die nach dem ärztlichen Sektionsbefund nach dem Tode festgestellt wurden, konnten nicht als Zeichen einer alkoholischen Entzündung angesehen werden. Sie seien auch an sich anscheinend nicht erheblich. Ähnliche Erscheinungen zeigen sich bei vielen älteren Leuten, ohne daß sie zu plötzlichen Todesfällen führen. Dann heißt es wörtlich:

"Ich bin danach der Meinung, daß nach dem Ausweis des Sektionsprotokolls eine anderweitige, äußerliche Todesursache nicht nachgewiesen ist. Ob die gefundenen Leichterkrankungen Veränderungen mit chronischem Alkoholmissbrauch in Zusammenhang zu bringen sind, läßt sich schwer beweisen. Wegen dieser Annahme könnte in dem vorliegenden Falle J. B. angeführt werden, daß in dem Protokoll nichts von Arterienverhärtung angegeben wird, wie sie bei einem 56jährigen Manne, der Potator (ein Käufer D. Red.) ist, wohl zu erwarten wäre. Da wie gesagt, eine andere plausible Todesursache nicht festzustellen ist, so muß nach den früheren Verhältnissen an Hirschschlag gedacht werden. Die näheren Verhältnisse sprechen meines Erachtens sogar dafür, und weil die Temperatur an dem betreffenden Tage keine so ganz extrem hohe war, würde man doch geneigt sein, der verriehrten, ungewohnten, offenbar doch nicht ganz leichten Arbeit, eine Mitschuld an dem Tode des H. zuzuschreiben."

Nach diesen Ergebnissen der Beweisaufnahme hätte man annehmen können, daß die Berufsgenossenschaft die Waffen strecken würde. Das tat sie aber nicht, sondern sie sandte im letzten Augenblicke noch eine Gegenschritt ein, in der sie wieder sagte, H. sei ein Alkoholiker gewesen. Wenn das von einer Reihe Zeugen verneint worden sei, so müsse man bedenken, daß der ganze Vorgang in Westpreußen gespielt hat, wo der Begriff über das, was Alkoholmissbrauch sei, ganz anders aufgefaßt werde wie in den übrigen Teilen Deutschlands.

Der Vertreter der Klägerin suchte nachzuweisen, daß es sich bei der Arbeit, die der Verstorbene verrichtete, um eine schwere, ungewohnte Tätigkeit handelte; das stetige Arbeiten mit der Stopfhaue in gebückter Stellung sei für einen jüngeren Arbeiter nicht leicht, umso weniger für einen älteren. H. sei kein Alkoholiker gewesen, wie die Zeugenangaben deutlich ergeben haben. Den Gegenbeweis habe die Berufsgenossenschaft nicht erbracht. Daß H. gelegentlich Alkohol getrunken, könne ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden. Es sei zweifelhaft, ob die Geschäftsleiter der Berufsgenossenschaft Mitglieder des Vereins zum "Weißen Kreuz" seien. Jedenfalls gebe es wenig Leute, die gar keinen Alkohol trinken.

Trotz aller dieser Gründe kam das Reichs-Versicherungsamt zur Zurückweisung des Rekurses. Die vorläufig mündlich gegebene Begründung hilft sich darauf, daß der Verstorbene schon am Abend vor seinem Tode zu seiner Frau gesagt habe, ihm sei unwohl, und daß er auch am anderen Morgen eine

Stunde zu spät zur Arbeit gekommen sei. Dadurch sei bewiesen, daß es sich um eine Krankheit handele, an der Kläger verstorben sei. Es würde nicht angenommen werden, daß die Betriebsarbeit irgendwie verschlimmernd auf die Krankheit eingewirkt habe. Der Antrag auf Bewilligung der Hinterbliebenenrente für die Witwe sei also abzulehnen.

Wir verjagen es uns, an diesem Urteil eine eingehende Kritik zu üben. Es muß aber doch gesagt werden, ob den Berufsgenossenschaften das Recht zusteht, von jedem Verdächtigten zu behaupten, er sei ein Alkoholiker, und durch diesen Einwand, für den meist keine Spur von Beweis erbracht werden kann, sich von der Zahlung einer Rente zu drücken. Die Berufsgenossenschaft hat ihre Behauptungen nicht nur nicht beweisen können, sondern das Gegenteil ist bewiesen worden, nämlich, daß der Verstorbene wohl gelegentlich Alkohol getrunken hat, aber keineswegs in erheblichen Mengen. Wenn trotz dieser Aussagen und trotz der durchaus günstigen ärztlichen Gutachten die Witwe mit ihren Ansprüchen abgewiesen wurde, so ist das ein sehr bedenklicher Standpunkt, der zeigt, daß im Laufe der Rechtsprechungspraxis der Begriff des Unfalls in so ungebührlicher Weise eingezogen wurde, daß jährlich Hunderte und Tausende Verlegter von einer Rente ausgeschlossen werden. Es wird Zeit sein, auf diese Dinge bei einer Revision des Gesetzes eingehender zurückzukommen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 4. Oktober 1907.

Über die Zentralratsfrage innerhalb der Deutschen Gewerkschaften herrscht in den außerhalb unserer Bewegung stehenden Kreisen noch vielfach Unklarheit. So berichten beispielsweise die "Magdeburgerische Zeitung" und andere Tagesblätter vom Parteitag der Freisinnigen Volkspartei: "Ein Abgeordneter der Freisinnigen Gewerkschaften tadelte es usw." Diese Ausführungen könnten, so meint der "Mitteldeutsche Kurier" mit Recht, den Anschein erwecken, als sei seitens der Organisation jemand mit der Vertretung der Gewerkschaften auf dem Parteitag beauftragt gewesen. Dem ist nicht so. Die Deutschen Gewerkschaften stehen vollkommen neutral, von jeder religiösen und politischen Richtung unabhängig da. Jeder Versuch, der hier und da vielleicht auch nur aus Unkenntnis unserer Grundzüge unternommen wird, uns an die Nachhaken einer bestimmten politischen Richtung zu hängen, muß ebenso hoflich wie entschieden zurückgewiesen werden. Es ist allerdings Pflicht jedes Gewerkschaftsmitgliedes, im Sinne unserer wirtschaftlichen Bestrebungen sich in der ihm nächstliegenden politischen Partei zu betätigen, und wir hoffen, daß die Verbandsgenossen allenfalls im Laufe dieser staatsbürgerlichen Verpflichtung bewußt sind.

Der Geschäftsbericht des Tarifamtes für das Buchdruckergewerbe gibt der "Sozialen Praxis" in ihrer letzten Nummer Anlaß zur Besprechung. Bei dieser Gelegenheit beschäftigt sich die genannte Wochenschrift auch mit dem Organisationsvertrage, wobei sie zu demselben Urteil gelangt wie wir. Es heißt da nämlich:

"Dennoch bleiben wir bei unserer Meinung, daß der Organisationsvertrag eine Einschränkung des Tarifgemeinschaftsprinzips bedeutet, solange wir nicht in Deutschland zur gesetzlichen Zwangsorganisation, die alle Gewerbeangehörigen ohne Ausnahme umfaßt, zurückgekehrt sind. Und das wird ja wohl kein Gewerkschafter wünschen. Solange eine solche gesetzliche Zwangsorganisation nicht besteht, sollte der Gewerkschafter ganz ganz Gewerbe beherrschenden Einrichtungen, wie der Tarifgemeinschaft, nicht auf eine wenn auch noch so große Organisation unter Ausschluss sonst vorhandener Organisationen verzichten, wenn die gewerkschaftliche gesteuerte Ausgestaltung der Organisation zu züchten oder aber privatrechtlich-monopolistisch die allgemeine Zwangsorganisation zu errichten. Denn zwingt man die bisher anderen Organisationen durch Einigung der tariflich beherrschten Arbeitergemeinden in jene privilegierte Organisation hinein, so verliert man ihr damit ein Koalitionsmonopol, das sich zur Koalitionsfreiheit ebenso verhält wie das subjugierte Hengelschiff zur Gewerkschaftsfreiheit. Man steht zwar auf dem Papier des Organisationsvertrags, doch der Beitritt zu deren Organisationen offenstehe, wenn sie sich über ihre Tarifrufe und über ihre politische und religiöse Neutralität ausweisen. Bisher ist es aber keine auflösende Organisation gelungen, Aufnahme zu finden, obwohl keinerlei Beweise für ihre Tarifuntreue oder ihre mangelnde Neutralität, — Beweise, die einen Unparteilichen irgendwie hätten überzeugen können, — beigebracht sind. Wir halten die somit fastlich verfertigte Sperrung eines Gewerbes für zahlreiche Arbeiter lediglich aus dem Grunde ihrer Organisationszugehörigkeit für keine weitläufige Gewerkschaftsaktion, die sich mit gelben Gewerkschaften verbindet, umgeben und allen anders organisierten Arbeitern der Stuhl vor die Tür gesetzt werden kann. Verwandte Erscheinungen in der nordamerikanischen Gewerkschaftsentwicklung verdienen nicht gerade zur Nachahmung."

Ob diese Ausführungen einer in sozialpolitischen Dingen unvoreingenommenen und unparteilich urteilenden

angesehenen Zeitschrift auf die Führer der Pringspaßvereinigung auch ohne Einbruch bleiben werden?

Handwerkerbund von Groß-Berlin und Umgebung. Unter diesem Namen hat sich im Baugewerbe eine Arbeiterorganisation gebildet aus Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern. Zweck der Organisation soll es sein, die Mitglieder zu schützen gegen den Terrorismus und die Willkür der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter. In einem von dem Bunde herausgegebenen Flugblatt heißt es u. a.:

„Unser Entschluß ist aus der Not heraus geboren. Er ist durch den Druck unbilliger Verhältnisse zustande gekommen: während des Streiks waren wir unorganisiert, wir wußten keine Ohnmacht zu ertragen. Wir waren nicht in der Lage, den Streik abzuwenden, trotzdem wir den dringenden Wunsch hegten, in Frieden mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Wir dürfen nicht dulden, daß wir in unserem Berufe täglich verfahrenen Arbeitsverhältnissen entgegengetrieben. Das Monopol der Lohnarbeit ist in Berlin mit Recht endgültig zusammengebrochen. Von gewisser Seite ist die Parole ausgegeben worden: „Ein Zerrbild kommen in Berliner Baugewerbe gibt es nicht“. Man hat den Kleinriegel und die Sperrenläufe verurteilt. Diesen unerschütterlichen Forderungen muß ein Ende gemacht werden. Wir verwerfen die übertriebenen Streikmaßnahmen. Unser Berlin bedürftigt, in Einklang mit den auf gültigem Wege mit den Arbeitgebern unsere Lage zu verbessern. ... Mit Religion und Willkür befaßt sich unser Berlin nicht.“

Wir sind der Meinung, daß diese Arbeiter sich selbst und der Arbeiterfrage einen schlechten Dienst erwiesen haben, indem sie eine besondere Organisation gegründet haben. Gegen den Terrorismus und die Willkür der sozialdemokratischen Verbände hätten sie sich viel wirksamer schützen können, wenn sie sich einer bereits bestehenden Berufsvereinigung, die den sozialdemokratischen Terrorismus und Sozialismus ebenso verurteilt, angeschlossen hätten. Unser Gewerkschaftsbund der Bauhandwerker hätte ihnen diese Gewähr geboten, und sie hätten dadurch gleichzeitig auch den Angriffen vermieden, als wenn es sich etwa um eine „gelbe“ Gewerkschaft handelte. Wir können dem Bauhandwerkerbund nur dringend raten, diesem Fingerzeig zu folgen.

Der Vorgang an sich aber zeigt mit aller Deutlichkeit, wohin der sozialdemokratische Terrorismus und die blinde Streikwillkür führen: zur Zersplitterung und Organisationsmüdigkeit.

Arbeiterbewegung. Die Thüringer Porzellanfabrikanten haben beschlossen, vom 1. Oktober ab keine kontraktbrüchigen Arbeiter und Arbeiterinnen mehr einzustellen. Gegen Zuwanderungen wurde eine Konditionalstrafe von 1000 Mk. festgesetzt. — Auf den Privatwerken und verschiedenen Großbetrieben der Metallindustrie ist der 9/10stündige Arbeitstag eingeführt worden. Die Glaserarbeiter in Berlin haben entgegen ihrem ursprünglichen Beschluß die Arbeit noch nicht niedergelegt, sondern wollen weitere Verhandlungen mit den Unternehmern abwarten. — Dagegen scheint der Generalfreier der Löhner in Berlin unvermeidlich. Die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattgefundenen Einigungsverhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Unternehmer die Forderungen der Gesellen als unerfüllbar bezeichnet haben, diese aber von ihrem ursprünglichen Standpunkt nicht weichen wollen. — Der seit August bestehende Streik der Stukkateure in Kiel ist durch einen Vergleich aufgehoben worden. Die Arbeit wird in den nächsten Tagen wieder aufgenommen. — In der Aluminiumwarenfabrik von Müller & Co. in Götting sind die Klumpner und Dräcker wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten. — In einer Lohnbewegung befinden sich in Königsberg i. Pr. die in den Buch- und Steinbrudereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Sie fordern einen Tarifvertrag nach Art der in vielen anderen Städten Deutschlands abgeschlossenen Verträge. — In einem friedlichen Abschlus hat die Tarifbewegung der in den Sontagschneefabriken Nürnberg's beschäftigten Arbeiter geführt. Sie erzielten eine wesentliche Lohnerhöhung, die am 1. Januar noch steigen soll.

Der Friede im Ostpreußen von Antwerpen scheint noch keineswegs gesichert zu sein. Der Unternehmerverband soll sich weigern, die vom Bürgermeister Herzog den Arbeitern gemachten Zugeständnisse zu erfüllen. Namentlich will er von der in Aussicht gestellten Lohnerhöhung nichts wissen. Danach ist keineswegs auszuschließen, daß der fürchterliche Kampf schon in kurzem von neuem zum Ausbruch kommt. — Der Eisenarbeiterstreik in Rotterdam nahm heute dadurch größere Ausdehnung an, daß 600 bis 700 Dockarbeiter einer Firma, die sonst die Ergebnisse entließen, sich weigerten, auf den Streikbeschüssen zu arbeiten und in den Streik einzutreten. Demzufolge muß nun auch die Arbeit an vielen Erg- und Kohlendampfern ruhen. Auf den Streikbeschüssen arbeiten außer früher angeworbenen 400 Ausländern

auch 45 Deutsche aus Antwerpen. — Die in der Goldleistenindustrie Schwedens bestehenden Lohnunterschieden, welche zu unfairen Arbeitsverhältnissen geführt hatten, sind auf gültlichem Wege beigelegt worden. — Im Verlaufe eines Streiks von 400 Arbeiterinnen in den Zwirnfabriken von Paisley (Schottland) kam es zu Unruhen, infolge deren die Fabrikanten ihre Betriebe schlossen, so daß jetzt nicht weniger als 5000 Arbeiter feiern. — Auf verschiedenen bierreichigen Bahnen ist es von neuem zu Differenzen gekommen, so daß die Bediensteten wieder einmal zur „passiven Resistenz“ gezwungen haben, an der 70 000 Eisenbahner beteiligt sind. Die Störung macht sich im Verkehr bereits unangenehm bemerkbar, die Schnellzüge der Bahnen treffen mit ziemlichen Verspätungen ein. — Auch auf der Insel Cuba ist ein Bahnarbeiterstreik ausgebrochen, der die Betriebe vollständig lahm legt.

Korruption und Schmutzgeschäft scheinen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften weite Verbreitung gefunden zu haben. Kürzlich teilten wir mit, wie der Solinger Industriearbeiterverband über den deutschen Metallarbeiterverband urteilte und daß er weitere Enthüllungen über die Zustände in dieser großen Gewerkschaft in Aussicht stellte. Jetzt will auch der Lokalstreikführer Rater in Berlin seinem bedrängten Herzen Luft machen. Er erklärt, daß er seine Behauptungen, Gewerkschaftsführer seien lediglich wegen materieller Vorteile zum Zentralverband übergegangen, jederzeit beweisen könne. Er könne mindestens ein Duzend Personen aufzählen, die den Uebertritt einer lokalen Gewerkschaft deshalb durchsetzten, weil ihnen damit Stellen in Aussicht ständen, die sie sonst nicht hätten erreichen können.

Derartige Behauptungen seitens eines Mannes, der die Verhältnisse genau kennt, zeugen von Zuständen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die schließlich auch dem billdesten Arbeiter die Augen öffnen sollten. Wo Elemente an der Spitze stehen, die ihre Bestimmung einfach verlaufen, da braucht man sich auch nicht zu wundern, daß die Interessen der Arbeiter oft in so recht merkwürdiger Weise vertreten werden.

Das sozialpolitische Gewissen der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ ist völlig erloschen. Das Blatt redet nämlich einer Ergänzung und Erweiterung der Novelle zur Reichs-Gewerbeordnung das Wort dahingehend, daß die Beschäftigung von jungen Leuten beiderlei Geschlechts im Alter von 14—16 Jahren in Fabriken gesetzlich verboten wird. Ueber die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit eines solchen Verbotes wollen wir mit der „Deutschen Tageszeitung“ nicht diskutieren. Was uns veranlaßt, von der sozialpolitischen Anwendung des Agrarierblattes Notiz zu nehmen, ist lediglich die Tatsache, daß es gerade die „Deutsche Tageszeitung“ ist, die so energisch für den vermehrten Schutz der jugendlichen Arbeiter eintritt. Der Grund liegt auf der Hand. Offenbar hofft man auf diese Weise die von der Industrie nicht mehr beschäftigten jugendlichen Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu gewinnen. Nun, wir gönnen dieser jeden Zustimmung von Arbeitern von Herzen, da die Leuten nicht gelehrt werden kann. Daß aber in dieser scheinheiligen Art vorgegangen wird, das mußte einmal vor der Öffentlichkeit gebrandmarkt werden.

Das vernichtende Urteil, welches das Gewerbegericht zu Briemerschheim über die Kruppische Pensionskasse gefällt hat, veranlaßt bekanntlich mehrere Arbeiter in Essen, ebenfalls auf Rückzahlung der geleisteten Beiträge zu klagen. Dieselben wurden jedoch mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Neuerdings hatte sich nun das Gewerbegericht zu Borsdorf mit derselben Angelegenheit zu beschäftigen. Hier wurde wiederum ein abweisendes Urteil gefällt. Das Borsfelder Gewerbegericht hat das Urteil verurteilt, 2/3 der Beiträge zu erstatten, während 1/3 als Ersatz für das Risiko und für Verwaltungskosten der Kasse verblichen soll. Wie es heißt, wird die Sache in zweiter Instanz noch das Landgericht in Essen beschäftigen. Auf dieses Urteil darf man mit Fug und Recht gespannt sein.

Neue Bilder aus der Seimarbeit entrollt der Gewerbeaufsichtsbeamte für Vottringen in seinem letzten Jahresberichte. Danach weisen die Untersuchungen in den Dörfern des Kantons Saaralben auf recht traurige Zustände hin. In einer Gemeinde waren von den 58 Schulkindern nicht weniger als 55 mit Flechtarbeiten bis 10 und 11 Uhr nachts, manchmal sogar bis Mitternacht, unter den ungünstigsten Licht- und Verhältnissen beschäftigt. Ja, auch schon Kinder vor dem schulpflichtigen Alter werden zu dieser Arbeit herangezogen. In einzelnen Familien hatten die Kinder wöchentlich eine bestimmte Anzahl Hülfe zu flechten; um sie anzupornen, durften sie den Verdienst einer etwaigen Mehrarbeit für sich behalten. Die

Strohhalbflechterei wird in diesen Gemeinden nicht mehr als Nebenberuf der Landwirtschaft betrieben, da die Leute zu der anstrengenden Feldarbeit nicht mehr tauglich sind.

Wie gering der Verdienst ist, kann man daraus ersehen, daß eine geschickte Panamaflechterin, wenn sie von morgens früh bis nachts 1 Uhr arbeitet, bis 2 Mk. täglich erzielen kann. Bei gewöhnlichen Hälten werden höchstens 80 Pfg. bis 1,20 Mk., von weniger geschickten und geübten Personen noch weniger verdient. Die Ernährung ist demgemäß sehr mangelhaft und besteht in der Hauptsache aus Kaffee und Kartoffeln, Brot und Schnaps und bedingt in Verbindung mit den gesundheitswidrigen Arbeitsverhältnissen überhaupt frühzeitige Abnutzung. Die jungen Leute werden militäruntauglich, die Mädchen altern frühzeitig und sind fast alle blutarm und brustkrank. Folgt dieser Miskunde haben die Gewerbeaufsichtsbeamten, denen es allein ganz unmöglich ist, die Durchführung des Kinderverbotgesetzes zu überwachen, in der dortigen Gegend den Polizeibehörden entsprechende Anordnungen zu verschärfter Kontrolle der Kinderarbeit gegeben. Der Beamte für Vottringen führt ferner die alte Klage, daß das Gericht die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten zu wenig unterstützt, denn solange es stets nur geringe Strafen erkennt, sei auf Abnahme der Zuwiderhandlungen gegen die Schutzgesetze für Kinder und Jugendliche nicht zu rechnen.

Ueber die Streikbewegung der letzten Jahre bringt das neueste Heft der „Jahrbücher für Nationalökonomie“ interessante Daten, die zusammengestellt sind aus einem Buche des Dr. Martinian Meyer über die Statistik der Streiks. Danach wurden im Jahre 1899 in Deutschland 1336 Streiks geführt, im Jahre 1905 deren 2448. Ueber den Erfolg der Streiks nimmt die Vertretung der Arbeiterpartei an, daß 57,9 pCt. erfolgreich, 25,6 pCt. teilweise erfolgreich und „nur 16,5 pCt. der Angriffstreiks, 30 pCt. der Abwehrstreiks“ erfolglos waren, während nach der offiziellen Statistik als mit vollem Erfolge 21,97 pCt., ohne Erfolg 37,62 pCt. genannt werden. Der „Erfolg“ wird also recht verschieden beurteilt und bewertet; immerhin muß auch beachtet werden, daß mandmal schon durch drohende Streiks Erfolge erzielt werden. Bei Berücksichtigung der Zahl der Streikenden sehen die Zahlen noch anders aus; es ergeben dann nur 16,13 pCt. vollen Erfolg, 63,89 pCt. keinen Erfolg. Das Jahr 1906 war ein noch lebhafterer Streikjahr, gleichzeitig aber konnte die Beobachtung gemacht werden, daß der Weg friedlicher Verhandlung häufiger betreten wurde. Die „Syndicate Praxis“ konnte denn auch einen Artikel über die Arbeiterkämpfe in Deutschland schließen mit den Sätzen:

„Die Organisationen auf beiden Seiten werden härter und geschlossener, die Vergleichsverhandlungen mehren sich, der teilweise Erfolg für beide Parteien überwiegt die Zahl der Siege der Niederlagen. Sollte nicht die in diesen Tatsachen klar gegebene Tendenz zu dem für unser ganzes wirtschaftliches und soziales Leben so wünschenswerten Ziele führen, daß die Zahl der Kämpfe abnimmt und die friedliche Vereinbarung das Feld beherrscht? Auf dem Wege zu diesem Ziele sind wir schon. Noch steigt zwar die Zahl der Streiks und Ausperrungen, aber in noch höherem Maße die Zahl der Zeitverträge. Gutem Vernehmen nach sind nämlich im Jahre 1906 nicht weniger als 5000 Tarifabmachungen zustande gekommen, während die Zahl der Arbeitskämpfe 3683 beträgt.“

Diese Tendenz zur friedlichen Verhandlung ist mit Freuden zu begrüßen, da ein Vergleich der mit und ohne Kampf erreichten Vorteile der Arbeiter stark zugunsten der letzteren ausfällt. Nach den amtlichen Berichten hatten nämlich im Jahre 1905 eine Arbeitsvertragsklärung erreicht: ohne Kampf 104 128 Personen (453 517 Stunden pro Woche Gewinn), mit Kampf dagegen nur 61 666 Personen (213 467 Stunden pro Woche); Lohnverhandlung hatten erreicht: ohne Kampf 279 497 Personen (550 555 Mk. pro Woche Gewinn), mit Kampf 112 616 Personen (252 883 Mk. pro Woche). Diese Zahlen zeigen, daß zunächst der friedliche Vergleich dem Kampfe vorzuziehen ist und der Klassenkampf als solcher lediglich ein politisches Machtmittel, nicht aber geeignet ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben und zu bessern.

Der „Verein für Volksunterhaltungen“ tritt heuer in das siebente Jahr seiner Tätigkeit, die bisher von erfreulichem Erfolg geteilt war. Sein Bestreben, breiten Volkstümlichen gute Musik, Regalationen, Opern- und Schauspielaufführungen zu ganz billigen Preisen zugänglich zu machen, hat den Beifall der städtischen Behörden gefunden, die ihm in dankenswerter Entgegenkommen eine namhafte pekuniäre Beihilfe gewähren; und ebenso hat der Herr Generalintendant der Königl. Schauspiele seinem Interesse für diese Tendenz dadurch Ausdruck gegeben, daß er den Biletverkauf für die von der Königl. Generalintendantur veranstalteten volkstümlichen Opern- und Schauspielaufführungen in die Hände des Vereins gelegt hat. Aus der Reihe der für diesen Winter geplanten Konzerte sei hervor-

gehoben eine Aufführung von Haydn's „Schöpfung“ durch den Philharmonischen Chor und das Philharmonische Orchester unter Prof. Siegr. Os in der Ausstellungshallen des Zoologischen Gartens. Ferner haben ihre Mitwirkung angefaßt: der ausgescheidene unter Leitung von Prof. Adolf Schulze folgende a cappella-Chor der Königl. Hochschule für Musik, die Sängervereine „Cecilia Melodia“ (Herr Max Fichte) und „Harmonie“ (Herr Rich. Köhler), die Kongertvereinigung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, der „Orchesterverein Berliner Musikfreunde“; als Regitatoren die Herren Dr. E. Milan, R. v. Erdberg, Wiener, Dr. Max Köhler; als Solisten Frau Marie Göde, Frau J. Grumbacher-de Jong, Frau E. Herzog, Herr Putnam Grismold, Herr Arberg, Herr und Frau Lieban, Fräulein Emma Koch, Fräulein Erna Schulz und viele andere. Außerdem werden eine Anzahl von Projektionsvorträgen in der Urcania und im Hofaal des Kunstgewerbemuseums (Herr Dr. Max Osborn, Herr Garteningenieur Lesser) stattfinden.

den Verbändlern ihre vielfachen Einden vorstellt, wurde der Radan immer härter. Die Steinarbeiter, für welche die Verfassung einberufen war, mußten schließlich unentschieden eine Organisation verweigern. Das ist um so bedauerlicher, als sie bereits vor einigen Jahren einen Ortsverein gegründet hatten, der auf Betreiben des Bürgermeisters des Wetztes und auch der Arbeitgeber wieder aufgelöst werden mußte. Aber auch die „freien“ Gewerkschaften haben durch ihr unumgängliches Bettrogen nichts erreicht, sondern lediglich bewirkt, daß den Steinbrucharbeitern in Schneidhof und Umgebung die Möglichkeit genommen wurde, ihre recht traurige Lage durch Eintritt in unsere Organisation zu verbessern.

wach, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststraße, Disputierstunde. — **Wessau** (Disputierklub der Deutschen Gewerksvereine, S. D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinstafel zur Palme, Rittersstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Wessau** (Sängerverein der Deutschen Gewerksvereine). Jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, Probe, Schallerstr. 22. Gäste willkommen. — **Wessau** (Christenverband). Jeden dritten Sonntag im Monat Vereinstagung im Restaurant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Worms** (Disputierklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schiele, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden** (Disputierklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlertor, Oberbergstraße 28, statt. Gäste willkommen. — **Dormmund** (Christenverband). Sonntag, 12. Oktober, nachm. 4 Uhr bei Bäckerling, Dorfmann, Königswal 81, Ortsverbandversammlung. I. D. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Ref. Köhlermann Bohm. — **Hagen** (Ortsverband). Sonntag, 12. Oktober, nachm. 3 Uhr im Lokale Strömmer, Hagen, Berg- und Kirchstr.-Ecke. Konferenz sämtlicher Ortsvereine des Wahlkreises Hagen-Schwelm. Referenten: J. Buchmann-Schwelm, W. von Behm-Hagen. — **Hannover**, Hildesheim und Hildesheim (Ortsverband). Sonntag, 12. Oktober, morgens 10 Uhr, Ausgehungsfeier in der Königswilth, Brühlstr. 12. Es werden die Vertreter gebeten, vollständig zu erscheinen. — **Hildesheim a. N. (Ortsverband)**. Sonntag, 12. Oktober, vorm. 10 Uhr, Vertreterfeier bei G. Bedermann, Schloßstr.

Verbands-Teil

An die Ortsvereinskassierer!

Trotz wiederholter Mahnungen an dieser Stelle hat noch ein großer Teil der Ortsvereinskassierer den Betrag von 1,00 Mk. für das überfandte Protokoll des Verbandstages nicht eingesandt. Im Interesse einer geordneten Geschäftsführung liegt es, daß die Kollegen nun endlich das Vermögen nachholen, damit nicht erst noch durch schriftliche Mahnung Arbeit, Zeit und Porto verschwendet werden muß.

Gewerksvereins-Teil

Hambach. In dem nahe gelegenen Orte Beeghof fand unlängst auf Veranlassung von einigen Steinbrucharbeitern eine Versammlung statt, behufs Gründung eines Ortsvereins der Sandbrucharbeiter. Referent sollte der Arbeitsekretär Kollege Barndt, Rönberg sein. Nach dem üblichen Vorarbeiten, Verteilung von Handzetteln, Flugblättern usw., machten wir uns, 4 Mann stark, vom Ortsverband in Begleitung des Kollegen Barnholt auf nach dem Orte der Versammlung. Dort wurde uns sogleich ein zweiter Handzettel gezeigt, worauf der „freie“ Steinbrucharbeiterverband zu einer Versammlung zu derselben Stunde und in demselben Lokale einladen ließ, das wir für uns gesichert hatten. Sie hatten sich einen Referenten aus Witzburg kommen lassen. Das erste war, daß wir das Lokal für uns mieteten. Und das war gut. Als der Witzburger Referent erschienen war und mit ihm ein ganzer Stab moscheter Verbändler, wurde unversucht die Versammlung eröffnet und vom Einberufer nach kurzen Worten dem Referenten Kollege Barnholt das Wort erteilt. Dies veranlaßte schon einen stürmischen Protest seitens der Verbändler, bis es ihnen deutlich gemacht worden war, daß das Lokal uns gehörte. Kollege Barnholt sprach nun über „Zweck und Ziele der Organisation“, oftmals unterbrochen durch das Scheul der Herren Verbändler. Der Zuzuhörer ging so weit, daß ihr Referent um Wort bat und seinen eigenen Vorschlag sagte, wenn sie es so weiter trieben, würde er gezwungen sein, das Lokal zu verlassen. Nachdem dann Kollege Barnholt genötigt wurde, folgte als nächster Redner der Herr Referent aus Witzburg. Anstatt in sachlicher Weise seinem Vortrage zu antworten, zog es dieser Herr vor, aus irgend einem Grunde eine Zeitlang Zahlen abzulesen und suchte den Anwesenden klarzumachen, daß die stich „Baugrunder“ und freiwillige Parteilichkeiten seien und was dergleichen mehr ist. Schließlich forderte er die anwesenden Steinbrucharbeiter auf, nur dem „freien“ Verband der Steinbrucharbeiter beizutreten. Hier seien ihre Interessen am besten gewahrt. Nach ihm nahm dann nochmals Kollege Barnholt das Wort, der das Sagengebäude des Vortrages vollständig zertrümmerte. Als er

Verbands-Teil

Berlin. Disputierklub der Deutschen Gewerksvereine (S. D.). Verhandlung der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. — **Hannover** der Deutschen Gewerksvereine (S. D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Verhandlung im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Ordnungsaal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend**, 5. Oktober. Maschinenbau- und Metallarbeiter VI. Abends 9 Uhr, Kreuzbergstraße 48 I. Vortrag des Kollegen, Verbandsabteilungsreferent Edwin über: „Unsere Stellung in der Arbeiterbewegung“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 Uhr, Jagelweg bei Lehmann, Brunnenstr. 119. Am 12. Oktober Herbstfestmüchgen in Roßte Theater, Brunnenstraße 16. — **Bildhauer.** Montag, 7. Oktober, abds. 9 Uhr, Dresdenerstr. 10. — **Mittwoch**, 9. Oktober. Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8 Uhr bei Kunze, Riffstr. 41. Monatsbericht. Kandidatenausstellung zur Centralversammlung der Kranenklasse. Vortrag des Kollegen Edwin über: „Die Bedeutung der Presse in der Arbeiterbewegung“. Regulatorpost. — **Rundbauern III.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Charlottenburg, Ralfreistr. 10, Restaurant Walde. I. D. bafelst. Gäste willkommen.

Orts- und Medizinalverbände.
Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bill Schultze-Bahter, Disputierstunde. — **Hagen** (Disputierklub). Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Walbert „Jägerhof“. — **Hannover** (Ortsverband). Jeden Mitt-

Wiederungen bezug. Ergänzungen zum Übersichtsverzeichnis.
Potsdam. O. Reichard, Verbandsreferent, Stadtstraße 50.
Stettin (Ortsverband der Fabrik- und Handarbeiter). Gustav Busch, Vorsitzender, Stettin 116.
Reiche-Rudow (Ortsverband). Paul Eisner, Vorsitzender, Joffestr. 218, Georg Langner, Schriftführer, Weberstr. 36 III.
Berlin (Maschinenbau VIII.). B. Wersohn, Vorsitzender, Charlottenstr. 20.
Weiß (Schuhmacher). Josef Heimrich, Vorsitzender, Dismarckstr. 6. H. 209, Kassler, Grenzstr. 14.

Literatur

Eingekommene Bücher und Broschüren.
Genauere Befragung einzelner Werte direkt vorhalten Unterlagen zur Schaffung eines Gesetzes betr. die Berufsgenossenschaft der Privatangehörigen. Verlag: Deutscher nationaler Handlungsgehilfenverband Hamburg.
Die Wirksamkeit der deutschen Krankenkassen. Von P. R. A. M. Meyer. Verlag: Sozialpolitische Rundschau, Frankfurt a. M. 1 Nr.
Das Selbstbestimmungsrecht der Krankenkassen. Von P. R. A. M. Meyer. Verlag wie vorher. 1 Nr.
Die Notwendigkeit des Zusammenhanges der Betriebskrankenkassen. Herausgegeben vom Verband rhein-westf. Betriebskrankenkassen. Verlag Günther und Schwan, Essen.
Der Verein für Sozialpolitik. Von Dr. Eise Corrad. Berlin, Greifswalderstr. 221, 4 Nr.
Abhandlung und Vorgeschichte des Menschen. Von Dr. W. Breitenbach. Verlag Braucke (Westf.). 1 Nr.

Anzeigen-Teil

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Vertrauensmännerversammlung
aller Ortsvereine von Groß-Berlin, ohne Maschinenbauer
am Dienstag, den 15. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr
im Verbandsbureau, Greifswalder Straße 221, großer Saal.

Tagesordnung:
I. Der Kampf um die Verhältniswahl in Berlin.
II. Stellungnahme zu den bevorstehenden öffentlichen Rundgebeten.
Wir bitten um zahlreiches Erscheinen aller Vertrauensleute und auch der Ausschüsse. Eine direkte Einladung ergeht noch durch die Gewerksvereine.

Die Gewerksgerichtskommission.

Die Verhandlungen
des XVI. ordentl. Verbandstages
der Deutschen Gewerksvereine.

Gegen vorherige Einzahlung des Betrages von 1,00 Mk. einschließlich Porto in Händen des Verbandsreferenten Rudolf Klein.

Fahnen, Vereinsabzeichen,
Schützen u. a. Fahnen
und Billigen bei
Th. Borkop, Spolka.

Hohen Nebenwert
kann sich jeder techn. u. kaufmänn. Angestellte auf vornehm. durchaus nicht anstößige Weise erwerben. A. Emil Andrae, Potsdam 41.

Schmitz. Der Arbeitsnachweis sowie die Ausgabe des Ortsverbandes befindet sich bei Ernst Zäpke, Sogestr. 17, III Sprengel, mittags von 12-1, abends von 7-9 Uhr.

Hannover. Durchreisende etc. im Winterhalbjahr 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Gerbe, Wendischgraben 84.

Magdeburg. Handarbeiter 75 Pf. bei E. Schröder, Salfenstr. 14.

Der Gewerksverein
Jahrgang 1906
auf festem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbibliotheken
3,50, sonst 8 Mark.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23.

Ordnungen nur an Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23.

Verbandsgenossen
kauft
niemals nach  **8 Uhr abends**

und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Wochenabendschlusses.

Halle (Ortsverband). Das Ortsverbandesgeschäftsamt hat den Banber-laffischer Lande, Leipzigerstr. 54, an.
Hannover i. Schlef. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Sommer wie Winter 75 Pf. bei G. u. H. Guder, Große Burgstr. 14.

Bauschlösser
Kunstschlosserei u. Kunstschloßerei, Lokomotivführung, Hoch- und Tiefbau, Elektrotechnik, Installation, Bergbau, Geoprotetik, Bergbau, Kunst u. Metalltechnik, Stahlbau- und Stahlschlösserwerkzeugen durch d. techn. Selbstunterrichtung des Bes. Karmack-Hachfeld, Hauptstr. 12, Anstaltswohnungen, Friseur- und Friseurgeschäfte gratis und fr. G. Sennewitz & Hachfeld, Potsdam L. 6.